



Tschechien vor der Wahl: Es bleibt spannend

Den Tschechen stinkt's: zum deutschen Mülltourismus

Merkel vernachlässigt Reformen: Tschechische Presse zieht erste Bilanz

Tschechien vor der Wahl: Es bleibt spannend

Die Parlamentswahl im Juni wird aller Wahrscheinlichkeit nach die zerrüttete Parteienkoalition geführt vom sozialdemokratischen Premierminister Jiří Paroubek auflösen. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass für die weiteren Geschehnisse der Tschechischen Republik von entscheidender Bedeutung sein wird, ob bei der im Juni 2006 stattfindenden Parlamentswahl die Parteien ODS (Bürgerliche Demokraten) und KDU – ČSL (Christdemokraten) oder die ČSSD (Sozialdemokraten) und die KSČM (Kommunisten) zusammen die Mehrheit der Stimmen gewinnen. Die ODS hat ihren Vorsprung in den Umfragen mit 28% vor der ČSSD (im Juni 2002 24,5 %) gehalten und ausgebaut.

Die ČSSD konnte ihre Position als zweitstärkste Partei stabilisieren. Die ČSSD hat nach einer Serie von Skan-

dalen wieder zugelegt, und zwar seit der Übernahme des Amtes des Premiers durch Paroubek. Die Partei konnte von 10 % auf 24 % zulegen, aber die ČSSD liegt noch immer weit hinter den 30,2 % von der Wahl 2002. Trotzdem erscheint die Bildung einer ČSSD Minderheitsregierung nach den Wahlen als die wahrscheinlichere Variante: ČSSD und KSČM werden vermutlich gemeinsam mehr Stimmen als die ODS und KDU-ČSL erzielen. Paroubek deutete in der Vergangenheit mehrfach an, dass er die Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung für eine denkbare Option hält.

Oppositionsführer Topolánek von der ODS glaubt nach wie vor an einen Sieg der konservativen Parteien.

Diese Prognose für die Parlamentswahl 2006 würde aber nur dann eintreten, wenn die Grünen den Sprung über die 5% Klausel nicht schaffen sollten und das ist laut Meinungsumfragen äußerst unwahrscheinlich. Mit dem



Einzug ins Parlament würden die Grünen nicht nur erstmals im tschechischen Abgeordnetenhaus vertreten sein, sie könnten bei der nachfolgenden Regierungsbildung auch das sprichwörtliche Zünglein an der Waage spielen. Grünen-Chef Martin Bursík will sich jedoch zu Koalitionsfragen noch nicht festlegen. Klar ist bis jetzt nur, dass die Grünen keine von den Kommunisten tolerierte sozialdemokratische Minderheitsregierung unterstützen würden. Der Weg scheint also offen für eine Koalition mit der ODS bzw. KDU-ČSL. Ob diese aber auch tatsächlich zustande kommt, hängt nicht zuletzt vom Willen der Grünen ab, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Bursík war einst Mitglied der Christdemokraten. Eine Koalition mit den Konservativen scheint auch deshalb nicht ausgeschlossen, weil die tschechischen Grünen weit weniger ideologisch sind als ihr deutsches Pendant.

Die politischen Karten werden im Juni neu gemischt. Wohin die Reise gehen wird, liegt letzten Endes bei den Wählern.

Wie Grün wird Tschechien? „Die Grüne Partei“



Martin Bursík

Dreieinhalb Monate vor den Abgeordnetenhaus-Wahlen in Tschechien hat eine neue Prognose für Aufsehen in der tschechischen Öffentlichkeit gesorgt: Nach einer neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts

STEM würden die tschechischen Grünen bei einer Wahl über neun Prozent der Stimmen verbuchen. Die steigenden Umfragewerte der Grünen machen die beiden großen Parteien zunehmend nervös.

Premier Jiří Paroubek, so urteilt die Tageszeitung Mladá fronta Dnes, bemühe sich zunehmend um eine Annäherung an die Grünen. Während er vor einigen Wochen noch lautstark gegen die Grünen gepoltert hatte, sagte er nun: „Wenn die Grünen nach den Wahlen über eine Koalition verhandeln wollen, gibt es mit uns sicherlich punktuelle Übereinstimmung.“

„Es ist grün geworden“, kommentiert unter anderem auch die Zeitung Právo, bemerkt daraufhin jedoch einschränkend:

„Es ist zwar wahr, dass die Grünen bereits zum zweiten Mal in Folge steigende Wählersympathien verbuchen konnten. Wahr ist aber auch, dass die Grünen bislang ein ziemlicher Zwitter sind und man wenig bis gar nichts von ihnen hört. Die wachsende Popularität hat ihren Grund daher eher im Überdruß der Bürger gegenüber den peinlichen und vulgären Scharmützeln der zwei größten Parteien. Die Grünen sammeln einfach Proteststimmen, ebenso wie die Kommunisten, die sich um zwei Prozentpunkte verbessert haben.“

Vorsichtig reagiert auch die Zeitung Lidové noviny auf die Meldung:

„Derartige Umfragen sind bislang nur dadurch interessant, dass sie bestimmte Trends widerspiegeln. Noch sind wir zu weit von den Wahlen entfernt, als dass wir aus absoluten Zahlen irgendetwas ableiten könnten. Klar ist, dass zwischen zehn und 15 Prozent der



Wähler unentschieden sind und sich gut überlegen werden, ob sie ihre Stimme einer Partei geben, deren Verhalten nach der Wahl unklar ist. Die bislang noch außerparlamentarischen Gruppierungen stehen daher vor der schweren Aufgabe, die Öffentlichkeit von ihrer Existenzberechtigung und von ihrer Glaubwürdigkeit zu überzeugen."

Die Grünen, die sich aus Vertretern diverser ökologischer Bewegungen rekrutieren, erhielten bei den vergangenen Parlamentswahlen nur 2,3 Prozent der Stimmen. Ihren bis jetzt größten Erfolg erzielten sie im Herbst 2004, als der bekannte parteilose Journalist Jaromír Štětina für sie ins Parlament einzog.

Das Wähler-Potenzial der Grünen besteht aus Wählerschichten, die früher die Havel-nahen Parteien (Liberalen) wählten. Diese spalteten sich mehrmals. Als letztes Relikt ist die Freiheitsunion in der Regierung vertreten. Sie dürfte mit den kommenden Wahlen aus dem Parlament verschwinden. Die Bürger setzen große Hoffnung in die Grünen, die noch immer in einem vergitterten Gassenlokal am Stadtrand logieren: Mehr politische Kultur, weniger Klientelismus. Vor allem aber sollen die Grünen verhindern, dass die Kommunisten an die Macht kommen.

Der Grünen Chef, Martin Bursík (53), ließ aber auch mit der Forderung nach einem Wahlrecht für 16-Jährige aufhören. Weiterer Schwerpunkt im Programm ist die grundsätzliche Ablehnung der Kernkraft. Sie wollen jeglichen Neubau von Atom-Kraftwerken verhindern und sind für einen langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Ein Stopp des Atomkraftwerkes (AKW) Temelin ist jedoch auch für die Grünen

kein Thema, denn in den Augen der Tschechen ist jeder Gegner der bestehenden AKW ein Vaterlandsverräter. Die einzigen, die das umstrittene Kraftwerk schließen wollen, ist die Organisation "Südböhmische Mütter". Dass der Grünen-nahe Verein aus Österreich und Bayern finanziert wird, ist aber sicherlich für die Partei keine gute Wahlwerbung.

Wahlkampfthema Nummer 1: „Die Europäische Union“



EU kritische
Diskussionen und
Kontroversen

werden höchst wahrscheinlich den Wahlkampf prägen. Die ODS hat sich mehrfach gegen eine tiefere europäische Integration und gegen die EU-Verfassung ausgesprochen. Der als EU-Kritiker bekannte Staatspräsident Václav Klaus, der im vergangenen Herbst die EU-Fahne von der Prager Burg verbannte, gilt in Tschechien laut einer Umfrage als vertrauenswürdigster Politiker. Nur noch 44 Prozent der Tschechen halten die EU für eine gute Sache. Es erscheint leider für viele tschechische Politiker zu verlockend zu sein, in einem Wahlkampf jegliche Schuld für oft hausgemachte Probleme auf die EU zu schieben, anstatt eine Lösung zu finden.



Ein altbekanntes Gespenst zieht durchs Land: „Die Kommunistische Partei“



16 Jahre nach der politischen Wende ist die orthodoxe Kommunistische Partei in Tschechien (KSČM) stärker denn je – und den meisten Tschechen ist das gleichgültig.

Mit 41 Abgeordneten (18,5 Prozent der Wählerstimmen) bilden die Kommunisten dort seit 2002 die drittstärkste Kraft. Bei den Europawahlen landeten sie gar auf dem zweiten Platz. Immer wieder setzen die regierenden Sozialdemokraten Gesetze gemeinsam mit ihnen durch – gegen den Willen ihrer bürgerlichen Koalitionspartner, der liberalen US-DEU und der christdemokratischen KDU-ČSL. Namentlich der frühere Regierungschef Milos Zeman plädiert für ein Nachwahlbündnis mit der KSČM. Premier Jiří Paroubek werden Planspiele nachgesagt, wonach sich eine sozialdemokratische Minderheitsregierung von den Kommunisten tolerieren lassen sollte.

„16 Jahre nach der Wende ist für viele Tschechen das Thema erledigt. Sie hätten unmittelbar nach der Revolution ein Verbot der Kommunistischen Partei befürwortet, aber dazu hat man sich seinerzeit nicht durchringen können. Jetzt betrachten die Menschen das Thema Kommunismus mehr als Wahlkampf-Gag“, analysiert Jan Hartl vom Meinungsforschungsinstitut STEM. Zwar wünschen sich noch immer 38 Prozent der Befragten ein Verbot der KSČM; aber 16 Prozent würden die Partei gern in der Regierung sehen,

und 14,5 Prozent hätten nichts dagegen, wenn die Kommunisten eine sozialdemokratische Minderheitsregierung tolerieren würden.

Gelingt der rechtsliberalen Partei SNK/ED eine Überraschung?



Josef Zieleniec

Der ehemalige tschechische Außenminister und jetzige Europaabgeordnete Josef Zieleniec wird eine gemeinsame Liste der Vereinigung unabhängiger Kandidaten (SNK) und der Europäischen Demokraten (ED) bei den Parlamentswahlen 2006 in Tschechien anführen. Gleichzeitig wird er Kandidat dieses Bündnisses für das Amt des Ministerpräsidenten sein.

Die SNK und ED sind kleine, auf nationaler Ebene außerparlamentarische Gruppierungen rechtsliberaler Prägung, die laut Wählerumfragen keine bedeutende Rolle spielen. Bei den Europawahlen 2004 erhielt jedoch die gemeinsame Liste überraschend elf Prozent der Stimmen und schaffte den Einzug ins Europaparlament. Dort sind die 3 Abgeordneten der Partei Mitglieder der EVP-ED Fraktion. Zieleniec' Ziel ist es, an diesen Erfolg anzuschließen und "frustrierte Wähler" anzusprechen. "Die tschechische politische Szene braucht eine Veränderung", betonte Zieleniec in Anspielung auf die fast acht Jahre andauernde Regierungsmacht der Sozialdemokraten.

Der 59-jährige Zieleniec war in den Jahren 1992 bis 1997 tschechischer Außenminister. Damals war er Mitglied der konservativen Bürgerlichen Demo-



kraten (ODS) des früheren Premiers und heutigen Staatspräsidenten Václav Klaus. 1997 trat Zieleniec als Minister und ODS-Vizechef unerwartet zurück, weil er mit den umstrittenen Praktiken bei der ODS-Parteifinanzierung nicht einverstanden war. Einige Wochen später brach eine Spendenaffäre aus, die zu einer Koalitionskrise und schließlich zum Fall der Regierung Klaus führte.

Hilfe aus Deutschland: „Angela Merkel“

ODS-Spitzenkandidat Mirek Topolánek will mit Premier Jiří Paroubek gleichziehen und auch ausländische Spitzenpolitiker in den heimischen Wahlkampf einbinden. Nach Informationen



der Tageszeitung Lidové noviny (Prag) will Topolánek Anfang Mai eine Konferenz in Prag veranstalten, zu der er unter anderem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeladen hat. Weitere Gäste sollen der britische Chef der Konservativen, David Cameron, und der französische Finanzminister Nicolas Sarkozy sein.

Die Einbindung von erfolgreichen Spitzenpolitikern wie Angela Merkel in den Wahlkampf ist ein geschickter Schachzug Topoláneks, um unentschlossene Wähler auf seine Seite zu ziehen. Eine Regierungsbeteiligung der ODS ist auch für Deutschland von großem Interesse, da die Hauptregierungspartei freundschaftliche Beziehungen zur ODS unterhält. Sollte Topolánek nicht reüssieren, so gehen Beobachter davon aus, dass er auch nicht wieder für

den Parteivorsitz kandidieren wird. Ein Misserfolg Topoláneks wäre jegliches Resultat, dass eine Regierung unter eindeutiger Führung der ODS nicht ermöglicht, also auch eine große Koalition. Selbst dann wenn der Premier ein Vertreter der ODS wäre. Beobachter halten für den Fall des Abtretens Topoláneks 2 Szenarien für denkbar:

1. Der stark konservativ-nationale Flügel übernimmt. In diesem Fall könnte der Prager Bürgermeister Pavel Bém ODS-Vorsitzender und auch Premier werden. Immerhin führt er im Bezirk Prag auch eine große Koalition an.
2. Die Regionen, in denen die ODS sehr erfolgreich ist, übernehmen die Leitung. Neben Senatspräsident Sobotka und dem südböhmischen Landeshauptmann Zahradník wird immer wieder der Name des Hauptmannes der Region Mähren-Schlesien Evžen Tošenovský genannt. Unklar ist auch, wie sich der einzige Stellvertreter Topoláneks Petr Nečas verhalten wird. Nach wie vor verfügt er über eine große Gefolgschaft in der Partei. Der Verteidigungsexperte gilt als ambitiös, verhält sich derzeit aber loyal gegenüber dem Vorsitzenden.

Den Tschechen stinkt's: „Deutscher Mülltourismus“

Viele politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt menschliche Brücken wurden in den letzten Jahren zwischen Deutschland und Tschechien geschaffen. Doch nun sorgt eine Meldung für böses Blut: Ungeachtet schärferer Strafen reißt nämlich der illegale Transport von Müll aus Deutschland nach Tschechien nicht ab. Täglich werde von westböhmischen Zollbehörden mindestens ein Lastwagen mit



Abfall nach Bayern oder Sachsen zurückgeschickt, berichtete die Prager Zeitung „Právo“.

Zuletzt sei am Übergang Schönberg/Vojtanov (Sachsen/Tschechien) ein Lkw an der Weiterfahrt gehindert worden, der offiziell Kleider für tschechische Second-Hand-Läden geladen haben sollte. Bei einer Kontrolle habe die böhmische Polizei aber benutzte Kinderwindeln, Essensreste und schimmelnde Abfälle gefunden. In den vergangenen Wochen waren insgesamt 20.000 Tonnen Abfall aus Deutschland rechtswidrig in böhmische Kommunen deponiert wurden. In die illegalen Machenschaften sind oft tschechische Mittelsmänner verwickelt.

Grund für diese starke Zunahme ist nicht zuletzt, dass deutsche Firmen vor allem das im Juni 2005 verschärfte Gesetz zur Deponierung von Abfall umgehen wollen. In Deutschland schreiben die neuen Regelungen vor, dass Abfall nicht unbehandelt auf Deponien entsorgt werden darf. Mit der Behandlung wird die Entsorgung aber teurer und ein Export potentiell lukrativer.

Im Kampf gegen die illegalen Transporte hatte das Parlament in Prag vor kurzem die Kompetenzen der Grenzpolizei ausgeweitet und die Geldstrafen erhöht. Zudem hatte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) erklärt, er strebe stärkere Grenzkontrollen und schärfere EU-Richtlinien für den Müllhandel an.

Strafen und Kontrollen helfen sicher den Müllexport zu verhindern. Entscheidend ist aber die Einsicht der deutschen Seite, dass der Müll möglichst dort beseitigt werden soll, wo er entsteht.

Deswegen liegt bei den deutschen Behörden ebenso die Verantwortung für die Unterbindung illegaler Abfall-Exporte. Beispielsweise, indem sie nur bei mangelnden Kapazitäten zur Abfallbehandlung im Land selbst und nach Bestätigung der Kapazitäten und der Erlaubnis im Zielland grünes Licht für den Export geben. So wäre Abfall endlich nicht mehr das, als was es nach Tschechien gelangt: ein normales Handelsgut.

100 Tage Kanzlerin: Populäre Merkel vernachlässigt die Reformen

Seriöse tschechische überregionale Tageszeitungen bewerten 100 Tage der Regierung Merkel. Merkel wird einerseits gelobt und als populär und beliebt bezeichnet. Andererseits kritisieren die Kommentatoren ihre Reformfähigkeit. Lobend äußert sich über die neue Kanzlerin und ihre CDU überraschenderweise die linke Tageszeitung Právo.

Die CDU punktet

Právo bilanziert die Zusammenarbeit der SPD und der CDU in der Großen Koalition. Laut Blahoslav Hruška spielt die SPD zweite Geige. Hruška argumentiert mit verabschiedeten Wirtschaftsgesetzen, die „vor allem aus der christdemokratischen Werkstatt stammen.“ Zudem kann die CDU medial auch das verkaufen, was die Sozialdemokraten aus Schröders Agenda 2010 durchgesetzten, so der Autor. Hruška zieht eine für die SPD traurige Bilanz: „Platzek hat Pech. Nicht nur deshalb, weil er sich neben Angela Merkel kaum durchsetzen kann, sondern auch deshalb, weil ihm Charisma und Autorität innerhalb der eigenen Partei fehlen.“



Vom Aschenputtel zum Star

Merkel, die als kühl und unscheinbar angesehen worden sei, begeistere selbst die Deutschen, schreibt die **Hospodářské noviny**. Merkels Popularität erwähnt auch die liberale Zeitung **Lidové noviny**. Die auflagenstärksten **Mladá fronta dnes** schreibt die Beliebtheit der Kanzlerin ihrem „sachlichen Stil“ zu.

Außenpolitisch hoch zu Ross, daheim stolpernd: Ruhe vor dem Sturm?

Die **Hospodářské noviny** lobt Merkels außenpolitische Bemühungen. *„Merkel traf die meisten wichtigen Partner, meisterte ihre Rolle souverän und verschuf sich bei den Kollegen großen Respekt“*, so die dem Handelsblatt nahe stehende Zeitung. Während die Kanzlerin außenpolitisch sehr aktiv sei, leiste sie daheim wenig, so der Tenor. Man weist auf fehlenden Reformelan hin. Darüber hinaus prognostiziert die **Mladá fronta dnes** skeptisch: *„Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Akteure inklusive Merkel aufhören, den Disputen bewusst auszuweichen“*.

Tschechien reagiert auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg: Merkel bestand die erste Prüfung

Unmittelbar nach den Landtagswahlen in Baden- Württemberg, Reinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind sich die tschechischen Zeitungen einig: Angela Merkel und ihre Koalition gewann an Stabilität. Stabilität, die für den härteren Reformkurz unabdingbar sei, so die Presse. Weiterer Kommentare enthalten sich die tschechischen Medien.

Prag, den 29.03.06

Konrad-Adenauer-Stiftung Außenstelle Prag

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Pavλίna Richterová
Dietmar Schuster

Klimentská 46
110 02 Praha 1
Tel.: 00420-222 320 190
Fax: 00420-222 320 198
Email: kasprag@kasprag.cz
Web: www.kas.de/prag